

# Anzeige wegen Missachtung eines gerichtlichen Verbots gemäss Art. 258 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO)

## 1. Sichtung

Übertretungsort: .....

Datum: ..... von ..... bis ..... Uhr

Beilage: .....  Skizze  Plan  Foto

## 2. Fahrzeug

Kontrollschild: .....  PW  Lieferwagen  LKW  Mrd

Marke / Typ: ..... Farbe: .....

## 3. Anzeigerstatter

Privatperson: .....

Firma: ..... vertreten durch: .....

Name: ..... Vorname: .....

Geb. Datum: ..... Heimatort: .....

Strasse: ..... PLZ / Ort: .....

Tel. G / Mobil: ..... e-mail: .....

Das Anzeigedoppel ist unter dem Scheibenwischer angebracht worden  Ja  Nein

Ort / Datum: ..... Unterschrift: .....

Um eine Bestrafung der lenkenden Person des oben erwähnten Fahrzeuges zu beantragen, ist der Strafantrag auf der folgenden Seite vollständig auszufüllen und gemeinsam mit der Anzeige einzureichen.

## Strafantrag

Privatklägerschaft:

Privatperson:

Firma: .....

vertreten durch:

Name / Vorname: .....

Bezug zum Grundstück:

(Eigentümer, Mieter, beauftragt durch Eigentümer/Mieter)

Ich beantrage die Bestrafung von:

Lenker des Fahrzeuges mit dem Kontrollschild: .....

wegen: **Missachtung eines gerichtlichen Verbotes**

Ort / Datum: .....

Unterschrift: .....

Wir bitten um Zustellung der Anzeige und des Strafantrages an:

**Polizei Zumikon**

**Dorfplatz 1, 8126 Zumikon**

Wer an einem Grundstück dinglich berechtigt ist, kann beim Gericht beantragen, dass jede Besitzesstörung zu unterlassen ist und eine Widerhandlung **auf Antrag** mit einer Busse bis zu 2000.-- Franken bestraft wird. Das Verbot kann befristet oder unbefristet sein. Die gesuchstellende Person hat ihr **dingliches Recht mit Urkunden zu beweisen** und eine bestehende oder drohende Störung glaubhaft zu machen (Art. 258 der Schweizerischen Zivilprozessordnung, ZPO).

Als Privatklägerschaft gilt die geschädigte Person, die ausdrücklich erklärt, sich am Strafverfahren als Straf- oder Zivilklägerin oder -kläger zu beteiligen. Der Strafantrag ist dieser Erklärung gleichgestellt (Art. 118 Abs. 1 u. 2 der Schweizerischen Strafprozessordnung, StPO).

Wer wider besseren Wissens einen Nichtschuldigen anzeigt oder eine strafbare Handlung anzeigt, welche nicht stattgefunden hat, kann mit Gefängnis oder Busse bestraft werden (Art. 303 u. 304 des Schweizerischen Strafgesetzbuches, StGB).

Bei Antragsdelikten können die Verfahrenskosten der antragstellenden Person, sofern diese mutwillig oder grob fahrlässig die Einleitung des Verfahrens bewirkt oder dessen Durchführung erschwert hat, oder der Privatklägerschaft auferlegt werden, wenn das Verfahren eingestellt oder die beschuldigte Person freigesprochen wird (Art. 427 Abs. 2 der Schweizerischen Strafprozessordnung, StPO).

Ist eine Tat nur auf Antrag strafbar, so kann jede Person, die durch sie verletzt worden ist, die Bestrafung des Täters beantragen. Ist die verletzte Person handlungsunfähig, so ist ihr gesetzlicher Vertreter zum Antrag berechtigt. Ist sie bevormundet, so steht das Antragsrecht auch der Vormundschaftsbehörde zu. Ist die verletzte Person unmündig oder entmündigt, so ist auch sie zum Antrag berechtigt, wenn sie urteilsfähig ist. Stirbt die verletzte Person, ohne dass sie den Strafantrag gestellt oder auf den Strafantrag ausdrücklich verzichtet hat, so steht das Antragsrecht jedem Angehörigen zu. Hat eine antragsberechtigte Person ausdrücklich auf den Antrag verzichtet, so ist ihr Verzicht endgültig (Art. 30 des Schweizerischen Strafgesetzbuches, StGB).

Das Antragsrecht erlischt nach Ablauf von **drei Monaten**. Die Frist beginnt mit dem Tag, an welchem der antragsberechtigten Person der Täter bekannt wird (Art. 31 des Schweizerischen Strafgesetzbuches).